

**Protokoll der 22. Sitzung der
Gemeindevertretung Waldems
vom Mittwoch, den 23.07.2014 um 19.30 Uhr
in der Emstalhalle Wüstems**

Anwesend:

01. Raoul Nägele	14. Jürgen Hemming	
02. Joachim Nickel	15. Wolfgang Ninsa	
03. Matthias Hedwig	16. Mustafa Dönmez	
04. Julia Hies	17. Santosh Dönmez	
05. Kai Volkmar	18. Barbara Düren	
06. Wiebke Volkmar	19. Norbert Schwenk	<u>Entschuldigt:</u>
07. Maren Görg	20. Jens Dambeck	Karl-Heinz Harpf
08. Christian Schneider	21. Heinz Grußbach	Jörg Kotitschke
09. Klaus-Dieter Humm	22. Helmut Volkmar	Wolfgang Deußenroth
10. Dr. Edmund Nickel		Marianne Kristandt
11. Stefan Moog		Anke Schmidt-Hohn
12. Reiner Schultheis		
13. Kerstin Lerch-Arndt		

somit anwesend: 22

anwesend vom Gemeindevorstand:

Bürgermeister Werner Scherf
1. Beigeordneter Markus Hies
Beigeordneter Rolf Meister

Entschuldigt:

Beigeordneter Bernd Heilhecker
Beigeordneter Titus Mertens
Beigeordneter Norbert Hönge

anwesend von der Gemeindeverwaltung:

Brigitte Hörning
Fritz Flören

„Idsteiner Zeitung“, Frau Nicolai

sowie 3 Zuschauer

Waldems, den 23.07.2014

Zu der auf heute um 19.30 Uhr anberaumten 22. Sitzung der Gemeindevertretung sind die Mitglieder am 14.07.2014 – also mindestens 3 Tage vorher – unter Angabe von Ort und Stunde der Sitzung sowie unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Das Gremium war mehrheitlich erschienen, sodass der Vorsitzende Raoul Nägele die Beschlussfähigkeit feststellen konnte. Er begrüßte die Anwesenden und stellte fest,

dass Einsprüche gegen die Einladung– und die Tagesordnung nicht vorgebracht wurden.

Die Tagesordnung wurde – unter Protokollführung der Verwaltungsbediensteten Brigitte Hörning – wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

Punkt 1 Betr.: Genehmigung und Unterzeichnung der Sitzungsniederschrift vom 20.05.2014

Die Sitzungsniederschrift vom 20.05.2014 wurde mit 22 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

Punkt 2 Betr.: Anfragen gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung

Es lagen zwei Anfragen der FWG-Fraktion vor.

Windkraft

- 1. Welche neuen Erkenntnisse oder Unterlagen hat der Gemeindevorstand zur Umsetzung des von der Gemeindevertretung beschlossenen LOI seit der Bürgerversammlung im letzten Jahr erhalten?**
- 2. Welche Aktivitäten hat der Gemeindevorstand zum Erhalt weiterer Unterlagen unternommen?**
- 3. Welche Aktivitäten plant der Gemeindevorstand zur weiteren Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des Themas?**

Antwort Bürgermeister Scherf:

- 1. + 2.)** Im Frühjahr 2013 wurde seitens der Gemeinde Waldems eine Absichtserklärung mit der Firma Windwärts unterzeichnet, potentielle Windkraftflächen in der Gemeinde Waldems auf Genehmigung von Windkraftanlagen zu untersuchen. Die Firma Windwärts hat einige Wochen insbesondere an einem avifaunistischen Gutachten gearbeitet. Im August 2013 haben wir eine Stellungnahme der Firma Windwärts erhalten, woraus hervorgeht, dass es schwierig oder fast unmöglich sein wird, dass hier Windkraftanlagen gebaut werden können. Ein entsprechendes Schreiben liegt vor; weitere Erläuterungen blieben trotz mehrmaliger Nachfrage bisher aus. Nach der Anfrage der FWG-Fraktion wurde erneut nachgefragt; der zuständige Projektleiter gehört nicht mehr der Firma Windwärts an. Sein Nachfolger hat uns ein Schreiben zugesandt, woraus hervorgeht, dass Windkraft im Ot. Reichenbach keinen Sinn macht, weil lediglich eine Anlage gebaut werden könne. Außerdem geht daraus hervor, dass im Bereich Dinkelstein viele Fledermäuse vorkommen, dass mehrere Milanhorste und auch der Schwarzstorch vorhanden sind. Sicherlich hatte man dies so nicht erwartet. Das Schreiben wird diesem Protokoll beigelegt. Im Übrigen geht die Firma Windwärts in die Insolvenz und der Kontakt ist somit schwierig geworden.
- 3)** Die Situation ist absolut unklar. Der Gemeindevorstand kann so nicht planen. Windwärts wird das Projekt nicht weiterverfolgen, u. a. aufgrund der Insolvenz. Die Windhäufigkeit ist dort nicht die allerbeste. Der Standort ist

suboptimal. Die Rahmenbedingungen waren nicht besonders gut und sind noch schlechter geworden. So ist zu bezweifeln, ob man jemanden finden kann, der dort Windkraftanlagen errichtet. Wenn man weitere Informationen haben möchte, so muss man ggf. weitere Gutachten in Auftrag geben. Der Gemeindevorstand hält es nicht für vertretbar, hier weitere Kosten in Höhe von ca. 50.000,00 bis 60.000,00 Euro für ein weiteres Gutachten für diesen Standort im Haushalt einzustellen.

Arbeitskreis Energie

- 1. Liegen dem Gemeindevorstand Informationen darüber vor, ob der Arbeitskreis Energie weiterhin die ihm von der Gemeindevertretung übertragenen Aufgaben oder die von ihm selbst geplanten Themen beraten will?**
- 2. Ist seitens des Gemeindevorstands geplant, dass der Arbeitskreis Energie weiterhin die ihm übertragenen Aufgaben oder die von ihm selbst geplanten Themen beraten soll?**

Antwort Bürgermeister Scherf:

- 1) Der Gemeindevorstand ist hier nicht der richtige Ansprechpartner. Er war in diesem Arbeitskreis lediglich Teilnehmer. Wie es weiterlaufen wird und wie weitere Themen beraten werden, könne er nicht beantworten. Das Thema Windkraft wurde im Arbeitskreis diskutiert. Ob man weitere Themen, z. B. Blockheizkraftwerke, Holzhackschnitzel, Geothermie aufgreifen wird, könne er nicht beurteilen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass uns schon vor zwei Jahren der Forst erklärt hat, dass der Holzbedarf kaum noch zu befriedigen sei. Wie es mit dem Arbeitskreis weitergehe, könne der Gemeindevorstand nicht beurteilen. Die Gemeindevertretung habe die Gründung des Arbeitskreises beschlossen und es gibt einen Vorsitzenden.
- 2) Der Gemeindevorstand hat vor ca. 2/3 Jahren die Energieberatung durch Herrn Ehlers im Rathaus Waldems auf den Weg gebracht. Hier erfolgt jeden 1. Mittwoch eine kompetente Beratung, sie wird gut in Anspruch genommen und ist sehr sinnvoll für unsere Bürger.
Dies ist natürlich eine andere Ebene als der Arbeitskreis Energie. Eine Möglichkeit wäre, das Thema „Arbeitskreis Energie“ im UBPA zu diskutieren.

Punkt 3 Betr.: Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Scherf berichtete über aktuelle Sachverhalte und Beschlüsse des Gemeindevorstandes:

Abwasser --- Kanalbau

Bermbach

Die letzte größere Maßnahme in offener Bauweise wurde beauftragt. Es handelt sich hier um die Teilerneuerung des Kanals in der Straße „Am Hang“ im Ot. Bermbach. Die Maßnahme war ausgeschrieben, die Submission ist erfolgt. Die Arbeiten wurden mit einer Gesamtauftragssumme von rund 166.000,00 Euro vergeben. Davon entfallen auf den Rheingau-Taunus-Kreis brutto rund 9.000,00 Euro für die Erneuerung der Fahrbahndecke, auf die Gemeinde Waldems entfallen rund 157.000,00 Euro für die eigentliche Kanalsanierung. Entsprechende Mittel stehen im Haushalt, jedoch nicht komplett; der Rest wird mit Mitteln bestritten, die im Sachkonto Kanalbau Wüstems noch vorhanden sind.

Kläranlage ABV Obere Ems, Bypasslösung

Hier hat man sich für die Weiterleitung der Abwässer in die Kläranlage Mittlere Ems entschlossen. Die Arbeiten verlaufen planmäßig. Man kann davon ausgehen, dass der Kanal bis Oktober bis zur Kläranlage verlegt ist und ab 01.01.2015 die Abwässer nach Niederselters weitergeleitet werden können.

Straßenbeitragssatzung

Hier geht es konkret um einen Antrag der FWG-Fraktion vom 27.01.2014 und den Beschluss des HFA und UBPA vom 12.05.2014. Der Gemeindevorstand nahm den Auftrag der FWG-Fraktion, die Frage wiederkehrender Straßenbeiträge zu untersuchen, zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung mit Hilfe des Büros Bauer aus Darmstadt eine synoptische Darstellung der Vor- und Nachteile zu erstellen. Weiterhin ist geplant, die Präsentation im Ausschuss von diesem Büro vornehmen zu lassen.

B – Plan Turnhallenweg

Es gab jahrelange Verzögerung durch den Hochwasserschutz. Diese ist mittlerweile umgesetzt worden, sodass man nun hier weiterarbeiten kann. Herr Horrer hat im Gemeindevorstand die Planung vorgestellt. Der Ortsbeirat Esch wurde einbezogen und um eine Stellungnahme gebeten. Wahrscheinlich wird diese Thematik in der nächsten Sitzungsrunde den UBPA passieren.

Feuerwehr

Bezüglich der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Niederems fand ein Treffen mit allen Beteiligten (Feuerwehr, Kindergarten, Elternbeirat, Gemeindevorstand, Gemeindebrandinspektor) am 18.06.2014 statt. Es war ein konstruktives Gespräch. Ein weiteres fand gestern Abend statt, um noch Anregungen usw. entgegenzunehmen. Nun muss ein Antrag beim Kreis gestellt werden. Der Gemeindevorstand hat diesen Beschluss bereits gefasst. Auf Grundlage der Planung von Herrn Horrer wird demnächst ein Zuschussantrag eingereicht, damit diese Maßnahme in die Prioritätenliste des Kreises aufgenommen werden kann und wir die entsprechenden Zuschüsse erhalten.

Kindergarten

Nach § 28 Hess. Kinder- und Jugendhilfegesetz hat uns die Stadt Bad Camberg angeschrieben. Es geht um den Abschluss einer Vereinbarung zur Durchführung eines Kostenausgleiches. Der Gemeindevorstand hat diese Vereinbarung diskutiert und ihr zugestimmt. Von der Stadt Idstein hatten wir eine diesbezügliche Rechnung bekommen, auch hier wollte man an einer Vereinbarung arbeiten. Bisher gibt es noch keine neuen Erkenntnisse.

Jugendarbeit

KinoSommer (Film „Fack ju Göhte“) fand am 20.06.2014 in Reichenbach im Rahmen des Jubiläums der Jugendfeuerwehr statt. Die Resonanz war sehr gut.

Auch in diesem Jahr werden wieder **Schwimmbadgutscheine** für das Freibad Bad Camberg an 6-17 Jährige aus Waldems verteilt.

Die **Ferienspiele** finden vom 25. – 29.08.2014 statt und stehen unter dem Titel „Die Römer sind los“. Alle Plätze sind bereits belegt.

Interkommunale Zusammenarbeit

Einbau Digitalfunk

Bezüglich des Einbaus von Digitalfunk in den Feuerwehrfahrzeugen ist die Gemeinde Waldems einer Vereinbarung beigetreten. Es gab hier eine Anregung der Kommunen Taunusstein und Niedernhausen, seitens der Stadt Taunusstein und der Kommunen des „Idsteiner Landes“ gemeinsam auszuschreiben und ebenfalls gemeinsam den Einbau vornehmen zu lassen.

Regionales Entwicklungskonzept (REK)

Vor ca. 3 - 4 Jahren wurde bereits mit einem regionalen Entwicklungsprojekt begonnen. Hier wurde die landschaftlich geprägte Region im Untertaunus gefördert. Nun geht es um ein anderes Programm, das auf den Weg gebracht werden soll. Der Kreis hat dies beschlossen; die Kommunen sind alle mit im Boot. Es geht um die demografische Entwicklung und die Landflucht in vielen Kommunen. Hier ist angedacht, sich mit den Untertaunus-Kommunen und drei Kommunen aus dem Hochtaunuskreis (Weilrod, Schmitten und Glashütten) um die Anerkennung als sogenannte LEADER-Region zu bewerben (Förderzeitraum 2015 – 2020, Fördersumme bis zu 2 Millionen). Der GVO hat beschlossen, die Personalstrukturen, wie sie im Entwicklungskonzept vorhanden sind mitzutragen. Der Landschaftspflegeverband übernimmt das Management, es entstehen an dieser Stelle keine Kosten, weil sie durch die Beiträge, die wir dem Landschaftspflegeverband zahlen, gedeckt sind. Land und EU steuern auch Gelder bei, sodass die Personalkosten zu 90 % übernommen werden. Es wird also günstiger, als ursprünglich gedacht. Es ist sicherlich ein Konzept, dass uns hier in der Region weiterbringt.

Haushaltsgenehmigung

Die Genehmigung des Haushalts 2014 ist heute eingegangen. Nach der Beratung im GVO werden die Unterlagen allen Mandatsträgern elektronisch zur Verfügung gestellt.

Punkt 4 Betr.: Wiederbesetzung einer Stelle in der Finanzverwaltung

- GVO-Beschlussempfehlung vom 16.06.2014

Bürgermeister Scherf berichtete aus dem GVO und erläuterte, das Gremium empfehle den gemeindlichen Gremien, die Stelle im Kassenbereich wieder zu besetzen. Er bezog sich ausdrücklich auf die Entscheidung des Gemeindevorstandes und die Zustimmung der Kommunalaufsicht zur Wiederbesetzung.

Herr Humm berichtete aus dem HFA. Der Ausschuss habe sich mit dem Thema beschäftigt; es sei kontrovers diskutiert worden. Der HFA empfiehlt dem Gemeindeparlament mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme der Wiederbesetzung einer Stelle im Finanzbereich zuzustimmen.

Herr Nickel erläuterte seitens der CDU-Fraktion, dass man mehrheitlich der Wiederbesetzungssperre zustimmen werde. Es mache keinen Sinn, die Wiederbesetzung der Stelle zu versagen und der Amtsnachfolge von Bürgermeister Scherf den nötigen Handlungsspielraum zu verwehren. In diesem Zusammenhang bedauerte er, dass noch kein Personalentwicklungskonzept vorliege.

Für die FWG-Fraktion erläuterte Herr Schwenk die ablehnende Haltung zur Wiederbesetzung, da Alternativen nicht geprüft worden seien. Er stellte im Namen der FWG-Fraktion folgenden Änderungsantrag: „Die Wiederbesetzung der Stelle im Finanzbereich soll unter der Bedingung erfolgen, dass die Anstellung bis zum 31.12.2015 befristet ist.“ Hierin sah er eine Chance, strukturelle Veränderungen anzustreben. Er bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Herr Dönmez erläuterte für die Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“, dass man in der Befristung der Stelle die Gefahr sehe, nicht die Bewerber zu erhalten, die man sich wünsche. Daher sei diese Möglichkeit nicht zielführend. Eine zusätzliche Stelle sei vor ca. drei Jahren zur Verstärkung der Finanzverwaltung geschaffen worden, um

eine handlungsfähige Einheit zu haben. Man sollte diese Stelle daher auch jetzt so wieder beschließen.

Bürgermeister Scherf erläuterte, die Befristung der Stelle mache keinen Sinn. Sofern man junge Leute einstellen möchte, muss sich für sie auch eine Perspektive bieten. Er bat dem Antrag des Gemeindevorstandes zuzustimmen, damit die Stelle wieder besetzt werden kann und die Kasse handlungsfähig ist.

ABSTIMMUNGEN:

Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion

„Die Wiederbesetzung der Stelle im Finanzbereich soll unter der Bedingung erfolgen, dass die Anstellung bis zum 31.12.2015 befristet ist.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 4 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen, somit mehrheitlich abgelehnt

Antrag GVO

Der Aufhebung der Wiederbesetzungsstelle für eine Stelle im Finanzbereich wird zugestimmt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 15 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Punkt 5 Betr.: Überprüfung der Nebenwohnsitze in Waldems

- GVO-Beschlussempfehlung vom 28.04.2014

Bürgermeister Scherf informierte seitens des Gemeindevorstandes, dass man den verwaltungsseitigen Aktenvermerk zur Überprüfung der Nebenwohnsitze in Waldems zur Kenntnis genommen habe und nach eingehender Debatte dem Gemeindeparkament empfehle, auf die Einführung einer Zweitwohnungssteuer zu verzichten. Die Empfehlung basiert auf der Befürchtung, dass die ca. 200 betroffenen Nebenwohnsitze abgemeldet werden und bewertet zusätzlich den verwaltungsseitigen Aufwand als in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag stehend.

Herr Humm berichtete aus dem Haupt- und Finanzausschuss, dass man sich mit dem Thema befasst bzw. die Unterlagen zur Kenntnis genommen habe. Ausgehend vom Haushaltssicherungskonzept sei die Überprüfung angeregt worden. Einstimmig wird dem Gemeindeparkament empfohlen, auf die Einführung einer Zweitwohnungssteuer wegen zu geringer Fallzahlen zu verzichten. Man habe sich seitens der Fraktionen auf folgenden Beschluss verständigt:

„Dem Gemeindeparkament wird empfohlen, auf die Einführung einer Zweitwohnungssteuer – wie im Haushaltssicherungskonzept genannt – zu verzichten.“

Herr Schwenk von der FWG- Fraktion erläuterte, es seien zwar keine Alternativen bezüglich der Handhabung einer Zweitwohnungssteuer diskutiert worden seien, dennoch stimme seine Fraktion dem Beschlussvorschlag unter den jetzigen Voraussetzungen zu.

Herr Dönmez von der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ erläuterte, seine Fraktion habe den Anstoß zu den Überlegungen gegeben. Die ursprüngliche Anzahl der Nebenwohnsitze erschien recht hoch. Nach der Recherche ist dies nun tatsächlich nicht der Fall. Man werde dem Vorschlag des Gemeindevorstandes zustimmen.

ABSTIMMUNG: Auf die im Haushaltssicherungskonzept 2014 genannte Zweitwohnungssteuer wird verzichtet.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

- Punkt 6 Betr.: Zustimmung zur Abstufung der K 748 sowie Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Rheingau-Taunus-Kreis und der Gemeinde Waldems
- GVO-Beschlussempfehlung vom 12.05.2014

Bürgermeister Scherf erläuterte seitens des Gemeindevorstandes, hier handele es sich um die Straße zwischen Reinborn und Niederems. Dies sei bisher eine Kreisstraße gewesen. Die Straße ist vom Kreis saniert worden und soll nun vom an die Gemeinde zurückgegeben werden. Der Gemeindevorstand empfiehlt dem Gemeindeparlament die Zustimmung zur Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rheingau-Taunus-Kreis und der Gemeinde Waldems bezüglich der Straße K 748.

Herr Humm berichtete aus dem Haupt- und Finanzausschuss. Im Ausschuss sei die Abstufung bzw. auch der Ausbau der K 748 kurz diskutiert worden. Man muss in den nächsten Jahren kaum Kosten erwarten. Außerdem gibt es keine Alternative zur Umwidmung der Straße. Es handele sich hier um eine Straße, die auch in der Vergangenheit keine echte Kreisstraße hätte sein dürfen. Daher empfehlen die Mitglieder des HFA dem Gemeindeparlament einstimmig mit 7 Ja-Stimmen dem Beschlussvorschlag des Gemeindevorstandes zuzustimmen.

ABSTIMMUNG: Der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rheingau-Taunus-Kreis und der Gemeinde Waldems bezüglich der Abstufung der K 748 wird zugestimmt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 19 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

- Punkt 7 Betr.: Straßenbeleuchtungsvertrag Süwag
- GVO-Beschlussempfehlung vom 07.07.2014

Bürgermeister Scherf erläuterte, dass man seit geraumer Zeit über einen neuen Straßenbeleuchtungsvertrag diskutierte. Dem GVO lag ein Vorschlag des Büros Hinkelmann vor. Der Gemeindevorstand empfiehlt dem Gemeindeparlament, diesen Straßenbeleuchtungsvertrag so anzunehmen. In der HFA-Sitzung wurde dies hinreichend und ausführlich diskutiert. Herr Hinkelmann war anwesend, um Fragen zu beantworten. Da noch Beratungsbedarf besteht, gab es im Ausschuss die Anregung, diese Thematik zu vertagen.

Herr Humm berichtete aus dem Haupt- und Finanzausschuss. Die Fraktionen hätten relativ spät umfangreiches Material bekommen. Es war daher sehr hilfreich, dass Herr Hinkelmann anwesend war, um Fragen zu beantworten. Im HFA kristallisierte sich heraus, dass man noch einige Unterlagen sowohl zum Straßenbeleuchtungsvertrag als auch zum Konzessionsvertrag Süwag benötigt, um sich in der nächsten Sitzungsrunde ein abschließendes Bild machen zu können. Daher empfiehlt der HFA, heute noch nicht zu diesem Thema abzustimmen, sondern dies in die nächste Sitzungsrunde zu vertagen.

ABSTIMMUNG: Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzungsrunde vertagt.
ABSTIMMUNGSERGEBNIS: einstimmig mit 22 Ja-Stimmen

- Punkt 8 Betr.: Konzessionsvertrag Süwag
- GVO-Beschlussempfehlung vom 07.07.2014

Bürgermeister Scherf erläuterte, hier gelte das Gleiche wie zum Straßenbeleuchtungsvertrag. Der Gemeindevorstand empfehle auch hier die entsprechende Beschlussfassung. Im HFA wurde empfohlen, auch diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und in der nächsten Sitzungsraunde zu beraten.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Herr Humm verzichtete auf das Wort, da die Beschlusslage bereits durch Bürgermeister Scherf erläutert wurde.

ABSTIMMUNG: Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzungsrunde vertagt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: einstimmig mit 22 Ja-Stimmen

- Punkt 9 Betr.: Antrag auf Verlängerung der Forsteinrichtung;
- Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ vom 26.05.2014
 - GVO-Beschlussempfehlung vom 16.06.2014

Herr Dönmez begründete den Antrag der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ damit, dass der Wald unser höchstes Gut sei und wir im Rahmen der Forsteinrichtung gute Beschlüsse vorbereiten sollten. Es werde mehr Zeit für diese Thematik benötigt. Außerdem stehen diverse Veränderungen der Rahmenbedingungen der nächsten Forsteinrichtung im Raum, Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Er bat um Zustimmung zum Verlängerungsantrag.

Herr Moog berichtete von der Beschlusslage des Umwelt-, Bau- und Planungsausschuss. Dem Ausschuss lagen ein Antrag der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ und der CDU-Fraktion vom 26.05.2014 und ein Antrag des Gemeindevorstandes vom 16.06.2014 vor. Beide Anträge verfolgen die gleiche Zielrichtung. Einstimmig empfiehlt der UBPA mit 7 Ja-Stimmen den Gemeindevorstand zu beauftragen, beim Regierungspräsidium Darmstadt die Verlängerung der Forsteinrichtung bis Ende 2015 zu beantragen und HESSEN-FORST entsprechend zu informieren. Dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

Bürgermeister Scherf berichtete, auch der Gemeindevorstand habe sich mit diesem Antrag beschäftigt. Die seitens des Landes angekündigten Rahmenbedingungen zur nächsten Forsteinrichtung liegen entgegen der Ankündigung den Kommunen bisher nicht vor. Insbesondere vor diesem Hintergrund schätzt der GVO die verbleibende Zeit zur Beratung als nicht ausreichend ein. Er begrüßt daher diesen Antrag und empfiehlt Zustimmung des Gemeindeparlamentes.

ABSTIMMUNG: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, beim Regierungspräsidium Darmstadt die Verlängerung der Forsteinrichtung bis Ende 2015 zu beantragen und HESSEN-FORST entsprechend zu informieren.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: einstimmig mit 22 Ja-Stimmen

- Punkt 10 Betr.: Standort zur Aufstellung einer Packstation;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.07.2014

Herr Nickel begründete den Antrag seiner Fraktion und verwies im Wesentlichen auf den allen schriftlich vorliegenden Antrag einschließlich Begründung.

Der Antrag wird in den Ausschuss (HFA) verwiesen.

ABSTIMMUNG: einstimmig

Am Ende der Tagesordnung stellte Herr Schwenk im Namen der FWG-Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag: „Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, den Antrag auf Bezuschussung zur Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Niederems erst bei der zuständigen Behörde einzureichen, wenn das zugrunde liegende Konzept den Gemeindevertretern zur Kenntnis gegeben und in den Ausschüssen und der Gemeindevertretung beraten wurde.“ Er begründete dies mit durchaus kontroversen Meinungen zum Konzept.

Herr Nägele erläuterte, dass nach seiner Auffassung gemäß § 58 Abs. 2 HGO in Verbindung mit § 21 Abs. 7 der Geschäftsordnung ein Dringlichkeitsantrag nur zu Beginn der Tagesordnung, also am Beginn der Sitzung gestellt werden kann und nicht am Ende. Er werde den Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung daher nicht zur Abstimmung stellen und bat hierfür um Verständnis.

Die Tagesordnung der 22. Sitzung war damit erledigt.

Der Vorsitzende Herr Nägele schloss die Sitzung um 20.50 Uhr.



Raoul Nägele
Vorsitzender



Brigitte Hörning
Schriftführerin